

Marco Spasic

13.07.2017

Marco Spasic nimmt zu dem Entwurf wie folgt Stellung:

Stellungnahme im Begutachtungsverfahren zum Ministerialentwurf des Innenministeriums, mit dem das Sicherheitspolizeigesetzes, das Bundesstraßen-Mautgesetzes 2002, die Straßenverkehrsordnung 1960 und das Telekommunikationsgesetzes 2003 geändert werden (326/ME)

S.g. Damen und Herren,

dieser Text war ursprünglich als Entwurf zu einer Bürgerinitiative gedacht, in Konsultation mit dem Verein "EPICENTER.works" übermittle ich Ihnen diese Argumentation nun als Konsultations-Text.

Wir, die Unterzeichner dieser Bürgerinitiative fordern:

Beibehaltung des „status quo“ bzgl. anonymer Prepaid-SIM-Karten, somit gleichbedeutend mit

Keine Ausweispflicht beim Kauf oder bei der Aktivierung von Prepaid-SIM-Karten!

Grundlage der Argumentation: • Ursprünglich für Terrorismus- und Schwerekriminalitäts-bekämpfung gesammelte Daten dienen später auch für Massenverfolgung von Bagatell- und „Kavaliersdelikten“ - etwa dem vielfach praktizierten unerlaubte Download von Medieninhalten, wodurch es Ermittlungskapazitäten andererseits fehlen und Bürger wegen Lappalien ins Kriminal gerückt werden.

ur und vorrauseilendem Gehorsam, die keine Kennzeichen einer demokratischen Gesellschaft sind

- Generalverdacht gegen alle Nutzer von Prepaid-SIMs ist inakzeptabel – was alles kommt danach?

Abschaffung von Postkästen und unbescheinigten Briefen? Abschaffung von Telefonzellen? Verpflichtende Ausweisvorlage mit Nutzungsprotokoll in Callshops, Internetcafes oder bei Nutzung öffentlicher WLAN-Hotspots? Verbot von Verschlüsselung im privaten Bereich?

- Abhanden gekommene SIM-Karten können zu falschen Verdächtigungen unschuldiger Personen führen
- Anonyme Kommunikation und Hinweise von Whistleblowern mit Behörden, Vereinen und politischen Parteien wird erschwert (Beschaffung der Hinweise geschieht manchmal auf illegalem Weg und Hinweisgeber muss Verfolgung fürchten, jedoch ist die Abwägung der verletzten Rechtsgüter notwendig)
- Es besteht keine Meldepflicht einer Weitergabe der Prepaid-SIM-Karte, wie dies etwa bei Schusswaffen der Fall ist (Somit ist es möglich viele SIM-Karten auf Strohmänner oder Strohfirnen zu registrieren und dann weiterzuverkaufen)
- Echte Zielgruppe der Überwachungsmaßnahme kann auf Strohleute, gefälschte Dokumente, Korruption (Umgehung durch Registrierung durch falsche plausible oder fremde Datensätze) oder gleich auf ausländische SIM-Karten zurückgreifen.

Für diese Zielgruppe sind Telefonkosten einer nicht oder falsch registrierten SIM-Karte aus dem Ausland im Österreichischen Roaming sicherlich keine Hürde. (Verhinderung nur bei verpflichtender Registrierung vor Roaming, was absurd und kaum durchsetzbar wäre...)

- Verschlüsselung, Steganographie und Anonymisierung internetbasierender Messenger-Dienste erlauben Umgehung von Überwachung und Identifizierung, solange noch kein „Bundestrojaner“ auf dem Zielsystem aktiv ist (Bsp: XMPP-OTR über das TOR-Netzwerk, Blackberry mit PGP-Verschlüsselung, die App „Signal“, GPG auf PCs)
- Handelsübliche Digital-Funkgeräte (z.B. DMR-Standard) erlauben verschlüsselte und im Nachhinein schwer nachvollziehbare Nahbereichs-Kommunikation

Funktionsumfang solcher Geräte ist ähnlich wie jener der BOS-Funkgeräte (Gruppenruf, Standort-Übermittlung, etc...) – jedoch quasi unkontrollierbar!

Szenario: Koordination einer Terrorzelle vor/während dem Anschlag - somit bringen registrierte SIM-Karten nichts, wenn die Täter einfach keine Handys sondern Funkgeräte nutzen! Solche Funkgeräte, speziell günstige Modelle aus China, wurden z.B. von ukrainischen Separatisten oder auch beim IS verwendet - siehe Bilder in der Presse.

Aus diesen vorgebrachten Überlegungen scheint eine solche Registrierungspflicht nicht zielführend – ausser bei der Beschränkung der

Bürgerrechte und schrittweisen Einführung eines Überwachungs- oder gar Polizeistaats.

Ein anfänglicher Rückgang der Kleinkriminalität steht in keiner Relation zu den Einschränkungen der Bürgerrechte. Ähnlich wie bei Drogen-Hotspots wird es auch hier nach einiger Zeit nur zu einer Verlagerung kommen.

Ein echtes "Sicherheitspaket" mit mehr Polizisten wäre zu begrüßen, nicht jedoch ein reines Überwachungspaket.

Mfg